

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 06.12.2016
*öffentlich***

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale)
Zeit:	16:32 Uhr bis 17:54 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Sabine Ernst	Leiterin Büro Oberbürgermeister
Reik Möller	Referent GB OB
Manuela Hoßbach	Controllerin GB OB
Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter Finanzen und Personal
Martina Beßler	Controllerin GB II
Corinna Wolff	Fachbereichsleiterin Finanzen
Evelin Müller	Abteilungsleiterin FB Finanzen
Uwe Stäglin	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Maik Stehle	Stellvertretender Protokollführer

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu **Herr Fritz zur Gewinnerzielungsabsicht im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge**

Herr Fritz erkundigte sich zu Gewinnerzielungsabsichten im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge. Allerdings kann er die 6 % des Kapitalverzinsungszuschlages nicht nachvollziehen. Er wollte wissen, ob diese Prozentzahl tatsächlich so gesetzt ist.

Des Weiteren ließ **Herr Fritz** die Diskussion in der Einwohnerfragestunde vom 18.10.2016 Revue passieren. Er zitierte ebenso aus dem Kommunalabgabengesetz (KAG LSA): „Die Verzinsung des Eigenkapitals richtet sich nach den für Kommunalkredite geltenden Zinsen.“ Er fragte, warum sich die Verwaltung so stringent an diesen Satz hält.

Herr Stäglin zitierte aus dem KAG LSA § 5 (2a): „Zu den Kosten gehören auch Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Personalkosten, ferner Entgelte für in Anspruch genommene Fremdleistungen, Abschreibungen von den Anschaffungs- oder Herstellungswerten sowie Zinsen auf Fremdkapitalien; eine angemessene Verzinsung des von den kommunalen Gebietskörperschaften aufgewandten Eigenkapitals kann in Ansatz gebracht werden. Die Verzinsung des Eigenkapitals richtet sich nach den für Kommunalkredite geltenden Zinsen.“

Das heißt, es gibt in der Regelung des KAG LSA eine Unterscheidung zwischen Fremdkapitalien und dem von einer Kommune eingebrachten Eigenkapital. Selbst wenn es sich um ein kommunales Unternehmen handelt, ist es immer noch ein Unternehmen und dementsprechend sind die Aspekte, die „eingepreist werden“ dann nach Preisrecht zu behandeln. Die Verwaltung liegt mit den 6 % im Rahmen bis 6,5 %.

Weiter führte **Herr Stäglin** aus, dass die Vorlage zweimal von Juristen geprüft und die Sicht der Stadt bestätigt wurde; die auch sagen, dass die Regelung konformgehend mit dem KAG LSA ist

Herr Fritz sprach an, dass die unterschiedlichen Rechtsauffassungen nur im Rechtsstreit zu klären sind und am 19. Januar 2017 sicher mit einer Entscheidung zu rechnen ist.

Herr Fritz zitierte aus dem Beteiligungsbericht der Stadt Halle (Saale) 2015, Seite 184, Wasser/Abwasser: „Im Ergebnis der Aufhebung der Betriebsführungsvereinbarung sind des Weiteren zwei Schiedsgerichtsverfahren anhängig, so zur Eigenkapitalverzinsung für zurückliegende Zeiträume sowie zur Übernahme der Kosten der Netztrennung durch den WAZV.“

Er fragte, ob es aus diesem Umstand heraus Gründe gab, warum die Verwaltung an den 6 % festhält.

Die Thematik WAZV wurde durch **Herrn Stäglin** nicht behandelt.

Er sprach an, dass bezüglich der Regelung Abfallgebühren es keine Aspekte gibt, die nicht die Abfallgebührensatzung betreffen. Bei der Diskussion der Verzinsung der Kapitalien sollte man sich davon lösen, dass aktuell die Niedrigzinsphase vorherrscht. Die

Bezugnahmeverordnung zum Thema Preise wurde ganz bewusst so vom Bund veröffentlicht, da die generell in einem einheitlichen Prozentsatz, sowohl in der Niedrig- als auch in der Hochzinsphase, gelten. Das heißt also auch in Zeiten, in denen auf dem Kapitalmarkt weitaus höhere Zinsen von den Unternehmen verlangt worden sind.

Da gab es die Preisverordnung, in der als Maximum 6,5 % festgelegt wurde. Zu diesem Zeitpunkt waren die, die bereits einen entsprechenden Vertrag hatten, positiver gestellt. Bei der Diskussion muss man sich von der aktuellen Situation ein Stück weit lösen.

Herr Stäglin bot Herrn Fritz an, wenn dieser noch zum Beteiligungsbericht bezüglich WAZV eine Antwort möchte, diese schriftlich erhalten zu können.

Herr Fritz dankte für das Angebot und verzichtete darauf.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Dr. Meerheim**.

Herr Dr. Meerheim stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim informierte, dass folgende Dringlichkeitsvorlagen inklusive Änderungsanträge zum Haushalt auf die Tagesordnung genommen werden sollen:

Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02283

Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 , VI/2016/02283

Vorlage: VI/2016/02402

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) – hier: Investitionsmittel Kunst im öffentliche Raum

Vorlage: VI/2016/02440

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur

Vorlage: VI/2016/02479

Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Förderung der FreienSzene

Vorlage: VI/2016/02496

Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 - Produkt: 842101001 – Sportförderung

Vorlage: VI/2016/02506

Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Saalequerung

Vorlage: VI/2016/02520

Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt 1.54101 Gemeindestraßen

Vorlage: VI/2016/02524

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.54101 Gemeindestraßen

Vorlage: VI/2016/02560

Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 ...“ Produkt 1.54101 Gemeindestraßen

Vorlage: VI/2016/02574

Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02531

Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town

Vorlage: VI/2016/02533

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" - Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege - Vorl.-Nr.: VI/2016/02283

Vorlage: VI/2016/02535

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kapitel SGB XII

Vorlage: VI/2016/02536

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier: Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2016/02540

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02543

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)

Vorlage: VI/2016/02544

Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt 1.57501 Zuschuss an Stadtmarketing

Vorlage: VI/2016/02550

Änderungsantrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage
„Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017
sowie den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283; hier Produkt 1.41431
Suchtberatungsstellen

Vorlage: VI/2016/02552

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den
Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)

Vorlage: VI/2016/02546

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE
GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV "Haushaltssatzung und
Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015"

Vorlage: VI/2016/02553

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den
Beteiligungsbericht 2015"

Vorlage: VI/2016/02555

Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den
Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) – hier Eigenbetrieb für Arbeitsförderung

Vorlage: VI/2016/02598

Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung
und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02578

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den
Beteiligungsbericht 2015" (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02283); hier: Investitionsmittel
Sanierung Peißnitzhaus

Vorlage: VI/2016/02582

Änderungsantrag der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zur
Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02614

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der CDU/FDP-Fraktion, Der
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion MitBÜRGER für Halle/ NEUES
FORUM zur BV "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017
sowie den Beteiligungsbericht 2015" (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02283)

Vorlage: VI/2016/02636

Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und
außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im DLZ
Migration und Integration-Integrationsmaßnahme "Sprachlehrer" zur Unterstützung
hallescher Schulen mit vielen Kindern mit Sprachförderbedarf

Vorlage: VI/2016/02617

Herr Dr. Meerheim bat um Abstimmung dieser Dringlichkeiten zur Aufnahme auf die
Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis Dringlichkeiten: einstimmig zugestimmt
mit mehr als 2/3 Mehrheit

Des Weiteren informierte er, dass die folgende Vorlage von der Tagesordnung genommen
werden muss:

- 5.6. Neufassung der Benutzungsordnung der Stadtbibliothek der Stadt Halle (Saale) vom
26.05.2004
Vorlage: VI/2016/02438

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass es hierbei keine finanziellen Auswirkungen gibt; somit ist eine Abstimmung im Finanzausschuss hinfällig.

Frau Dr. Wünscher erklärte, dass der folgende Antrag im Kulturausschuss vertagt wurde und dementsprechend trifft dies im Finanzausschuss ebenso zu:

- 6.1. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gründung eines künstlerischen Beirates und zur
Änderung der Kulturförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02516

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Dr. Meerheim** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den
Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02283
- 5.1.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für
das Haushaltsjahr 2017 , VI/2016/02283
Vorlage: VI/2016/02402
- 5.1.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den
Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) – hier: Investitionsmittel Kunst im öffentliche
Raum
Vorlage: VI/2016/02440
- 5.1.3. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den
Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur
Vorlage: VI/2016/02479
- 5.1.4. Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Förderung
der FreienSzene
Vorlage: VI/2016/02496
- 5.1.5. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung
und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" –
Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 - Produkt: 842101001 – Sportförderung
Vorlage: VI/2016/02506
- 5.1.6. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung
und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" –
Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Saalequerung
Vorlage: VI/2016/02520

- 5.1.7. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02524
- 5.1.7.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02560
- 5.1.7.1.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 ...“ Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02574
- 5.1.8. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02531
- 5.1.9. Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town
Vorlage: VI/2016/02533
- 5.1.10. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" - Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege - Vorl.-Nr.: VI/2016/02283
Vorlage: VI/2016/02535
- 5.1.11. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kapitel SGB XII
Vorlage: VI/2016/02536
- 5.1.12. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier: Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02540
- 5.1.13. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02543
- 5.1.14. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VI/2016/02544
- 5.1.15. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt 1.57501 Zuschuss an Stadtmarketing
Vorlage: VI/2016/02550
- 5.1.16. Änderungsantrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283; hier Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen
Vorlage: VI/2016/02552
- 5.1.17. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)

- Vorlage: VI/2016/02546
- 5.1.18. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015"
Vorlage: VI/2016/02553
- 5.1.19. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015"
Vorlage: VI/2016/02555
- 5.1.20. Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) – hier Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: VI/2016/02598
- 5.1.21. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02578
- 5.1.22. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02283): hier: Investitionsmittel Sanierung Peißnitzhaus
Vorlage: VI/2016/02582
- 5.1.23. Änderungsantrag der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02614
- 5.1.24. Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der CDU/FDP-Fraktion, Der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion MitBÜRGER für Halle/ NEUES FORUM zur BV "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie de sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02636
- 5.2. Wirtschaftsplan 2017 der Bio-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: VI/2016/02521
- 5.3. Wirtschaftsplan 2017 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VI/2016/02383
- 5.4. Verteilung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt (ÖPNV G LSA) für das Jahr 2017, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV G LSA
Vorlage: VI/2016/02343
- 5.5. Grundsatzbeschluss zum Ausbau des Sparkassen-Eisdoms
Vorlage: VI/2016/02545
- 5.6. *Neufassung der Benutzungsordnung der Stadtbibliothek der Stadt Halle (Saale) vom 26.05.2004*
Vorlage: VI/2016/02438 **abgesetzt**
- 5.7. Baubeschluss – Erweiterung des Schulgebäudes Grundschule Nietleben, im Waidmannsweg 53 in 06126 Halle (Saale) um einen Ergänzungsbau in Modulbauweise
Vorlage: VI/2016/02471
- 5.8. Jahresabschluss 2015 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02423
- 5.9. Wirtschaftsplan 2017 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02328
- 5.10. Jahresabschluss 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VI/2016/02143
- 5.11. Wirtschaftsplan 2017 des EB Arbeitsförderung
Vorlage: VI/2016/02378

- 5.12. 1. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 29.10.2014
Vorlage: VI/2016/02554
- 5.13. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02556
- 5.14. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im FB Immobilien
Vorlage: VI/2016/02510
- 5.15. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im FB Immobilien
Vorlage: VI/2016/02511
- 5.16. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Planen
Vorlage: VI/2016/02542
- 5.17. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im DLZ Migration und Integration-Integrationsmaßnahme "Sprachlehrer" zur Unterstützung hallescher Schulen mit vielen Kindern mit Sprachförderbedarf
Vorlage: VI/2016/02617
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gründung eines künstlerischen Beirates und zur Änderung der Kulturförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02516 **vertagt**
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Informationsvorlage zu den finanziellen Auswirkungen der Stadt Halle in Umsetzung des Aufnahmegesetzes, Asylgesetzes, Asylbewerberleistungsgesetzes sowie weiterführender Gesetze und Erlasse im Jahr 2016 - Berichtszeitraum 01.01.2016 - 31.10.2016
Vorlage: VI/2016/02631
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9.1. Frau Dr. Brock zum Wirtschaftsplan Zoo und zur Machbarkeitsstudie
- 10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Eine zu genehmigende Niederschrift lag nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse bekanntzugeben.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VII/2016/02283

zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 , VII/2016/02283
Vorlage: VII/2016/02402

zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VII/2016/02283) – hier: Investitionsmittel Kunst im öffentliche Raum
Vorlage: VII/2016/02440

zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VII/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur
Vorlage: VII/2016/02479

zu 5.1.4 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VII/2016/02283), hier: Förderung der FreienSzene
Vorlage: VII/2016/02496

zu 5.1.5 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur “Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VII/2016/02283 - Produkt: 842101001 – Sportförderung
Vorlage: VII/2016/02506

zu 5.1.6 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur “Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VII/2016/02283 – Saalequerung
Vorlage: VII/2016/02520

zu 5.1.7 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur “Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VII/2016/02283 – Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VII/2016/02524

zu 5.1.7.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur "Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.54101 Gemeindestraßen

Vorlage: VI/2016/02560

zu 5.1.7.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 ...“ Produkt 1.54101 Gemeindestraßen

Vorlage: VI/2016/02574

zu 5.1.8 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02531

zu 5.1.9 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town

Vorlage: VI/2016/02533

zu 5.1.10 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" - Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege - Vorl.-Nr.: VI/2016/02283

Vorlage: VI/2016/02535

zu 5.1.11 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kapitel SGB XII

Vorlage: VI/2016/02536

zu 5.1.12 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier:

Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2016/02540

zu 5.1.13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015

Vorlage: VI/2016/02543

**zu 5.1.14 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VII/2016/02544**

**zu 5.1.15 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt
1.57501 Zuschuss an Stadtmarketing
Vorlage: VII/2016/02550**

**zu 5.1.16 Änderungsantrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage
„Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017
sowie den Beteiligungsbericht 2015" – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283; hier
Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen
Vorlage: VII/2016/02552**

**zu 5.1.17 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VII/2016/02546**

**zu 5.1.18 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV
"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015"
Vorlage: VII/2016/02553**

**zu 5.1.19 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015"
Vorlage: VII/2016/02555**

**zu 5.1.20 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) –
hier Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: VII/2016/02598**

**zu 5.1.21 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VII/2016/02578**

zu 5.1.22 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (Vorlagen-Nummer: VI/2016/02283): hier: Investitionsmittel Sanierung Peißnitzhaus Vorlage: VI/2016/02582

zu 5.1.23 Änderungsantrag der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 Vorlage: VI/2016/02614

zu 5.1.24 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der CDU/FDP-Fraktion, Der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion MitBÜRGER für Halle/ NEUES FORUM zur BV "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushalts-jahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 Vorlage: VI/2016/02636

Herr Dr. Meerheim bat um eine kurze Verständigungspause und bat alle Fraktionsmitglieder in den Beratungsraum 113.

15 Minuten Pause

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass die Fraktionen eine gemeinsame Lösung gefunden haben und diese in einem gemeinsamen Änderungsantrag vorstellen werden.

Herr Dr. Meerheim bat zuerst um die Behandlung der Dringlichkeitsvorlage

zu 5.17 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im DLZ Migration und Integration- Integrationsmaßnahme "Sprachlehrer" zur Unterstützung hallescher Schulen mit vielen Kindern mit Sprachförderbedarf Vorlage: VI/2016/02617

Herr Wolter fragte, ob es bereits Vorabsprachen gibt und wie das Land auf die Planung 2017 reagiert hat und wollte das Verfahren hierzu wissen.

Frau Brederlow erläuterte, dass sie einen Termin mit Herrn Tullner hatte, in welchem bestätigt worden ist, dass es 75 Stellen für Sprachlehrer zuzüglich der bereits 50 vorhandenen Stellen im Land Sachsen-Anhalt geben soll. Es handelt sich um 86 Personen, die eingesetzt werden sollen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Stellen dort eingesetzt werden, wo diese am Dringendsten benötigt werden.

Es gibt noch keine konkreten Zahlen, welche Schulen das in der Stadt Halle (Saale) betreffen wird. Mit den Schulen wird in Kontakt dazu geblieben. Großer Bedarf wurde in Halle-Neustadt, der Silberhöhe und der Grundschule August-Hermann-Francke festgestellt.

Frau Brederlow sprach an, dass den Schulleitern das entsprechende Budget zur Verfügung gestellt werden soll und über die der Verwaltung bekannten Träger die Projekte angestoßen werden. Das Verfahren ist dann mit den entsprechenden Schulen konkret abzustimmen. Dies ist aber nur für das laufende Schuljahr gedacht.

Herr Wolter wollte wissen, ob sich die Schulen mit ihrem diesbezüglichem Projekt oder einem Bedarf an Sprachlehrern dann bei der Verwaltung melden können. Oder macht die Verwaltung hierzu ein Antragsverfahren.

Frau Brederlow antwortete, dass die Verwaltung zuerst die Klarheit über die zur Verfügung stehenden Mittel benötigt. Es können sich Schulen bei der Verwaltung melden bzw. geht die Verwaltung auch auf die Schulen mit dem höchsten Bedarf an Sprachlehrern zu. Die Verfahrensweise wird ähnlich der mit den Schulbudgets laufen.

Herr Dr. Meerheim bat um Aussage, für welchen Zeitraum die 110.000 Euro benötigt werden.

Herr Möller antwortete, dass es sich bei der Summe um eine Hochrechnung für den Monat Dezember handelt. Die Summe kann noch nicht zu 100 % festgelegt werden, da noch nichts Konkretes dazu vorliegt.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob zumindest gesichert ist, dass die Sprachlehrer, die im Dezember davon finanziert wurden, dann auch ab Januar weitergeführt werden.

Herr Möller teilte mit, dass es deswegen diese Beschlussvorlage für das Jahr 2017 gibt, um die Finanzierung im Rahmen des Vorjahres weiter zu sichern.

Herr Dr. Meerheim fragte zur Deckung nach, da in der Vorlage auch von privatrechtlichen Leistungen die Rede ist.

Herr Möller erwiderte, dass die Stadt sich mit dem Land zur Kostenerstattung verständigen wird.

Herr Cierpinski wollte wissen, ob es vom Land bereits Aussagen dazu gibt.

Herr Möller erklärte, dass bereits Herr Geier vergangene Woche ausgeführt hatte, dass es ein Bundesprogramm mit 80 Milliarden Euro gibt und die Stadt versuchen will, darüber eine Kostenerstattung einzuwerben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.11117 Migration und Integration (HHPL Seite 168)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **110.000 EUR**.

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_0_802 DLZ Migration und Integration (HHPL Seite 171)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **110.000 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.11117 Migration und Integration (HHPL Seite 168)
Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 110.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

Finanzstelle 16_0_802 DLZ Migration und Integration (HHPL Seite 171)
Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 110.000 EUR.

Diskussion zur Haushaltsplanung

Frau Dr. Brock fragte zu den Veränderungen von Investitionen und Verpflichtungsermächtigungen nach, die heute vorgelegt wurden, da diese für sie unverständlich sind.

Herr Dr. Meerheim bat die Verwaltung sich zu den verteilten Änderungen und damit auch der Frage von Frau Dr. Brock zu äußern.

Herr Geier erläuterte die zwei Punkte, die in den heutigen Veränderungen mit enthalten sind. Bei einer Veränderung handelt es sich um die Grundschule „Am Kirchteich“. Diese Veränderung wurde bereits im Ausschuss besprochen. Da musste jetzt nachgeliefert werden. Dies korrespondiert mit den Investitionen im Schulbereich und die zweite Änderung resultiert aus der Abstimmung mit dem Geschäftsbereich II zu den Verpflichtungsermächtigungen, die in Jahresscheiben verschoben wurden. Das ist auf der Seite 5 enthalten.

Herr Geier wies darauf hin, dass die neuen Veränderungen farblich in dem Änderungsblatt dargestellt worden sind.

Herr Dr. Meerheim fragte zu der Seite 2 unten, Zeile GB IV, IGS nach, wieso hier im Ansatz 318.900 Euro weniger zu verzeichnen sind.

Frau Müller erklärte, dass die IGS Halle von 2017 in das Jahr 2018 verschoben wurde, auf der Seite 4 ist der neue Ansatz in 2018 enthalten.

Herr Dr. Meerheim fragte, warum für 2017 nichts mehr enthalten ist, da die IGS doch fertig werden muss. Es waren vorher über 6 Millionen Euro dort enthalten und jetzt sind nur noch 500.000 Euro auf Seite 4 drin. Er bat um eine Erläuterung hierzu.

Frau Brederlow erläuterte, dass durch die Änderung im Jahr 2017 2,9 Millionen Euro für die IGS und in 2018 im Ansatz knapp 2,4 Millionen Euro stehen.

Herr Dr. Meerheim erkundigte sich, wo der Rest ist, da vorher 6 Millionen Euro hier im Ansatz waren.

Frau Brederlow antwortete, dass im Jahr 2019 noch ein Ansatz sein könnte, was sie jetzt nicht beurteilen kann.

Herr Dr. Meerheim stellte fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen zu dem Änderungsblatt gab und dieses dann in den Haushaltsbeschluss mit einfließt.

Herr Dr. Meerheim stellte den gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen zum Haushalt vor, so dass heute nur noch zwei Änderungsanträge zum Haushalt vorliegen. Zum einen der Änderungsantrag der Verwaltung, welcher sich auf die ehemaligen Einzelanträge der Fraktionen bezieht und diese zusammenfasst und dann der Änderungsantrag der Fraktionen.

Da der Änderungsantrag der Fraktionen der weitergehende Antrag ist, müsse über diesen zuerst abgestimmt werden, wenn es keine Fragen hierzu gibt.

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktionen auf.

**zu 5.1.24 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der CDU/FDP-Fraktion, Der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN sowie der Fraktion MitBÜRGER für Halle/ NEUES FORUM zur BV "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushalts-jahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02636**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Die Haushaltsansätze der in der nachfolgenden Tabelle benannten Produkte werden um die jeweils angegebene Summe erhöht.

2. Die Deckung der ergebnisplanrelevanten Erhöhungen erfolgt aus:

a) einer Absenkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.11107 Amtsblatt, Pressearbeit und Printpublikationen um 30.000 €

b) einer Absenkung der Aufwendungen im Produkt 1.28122 Kulturelle Projekte um 225.000 €

c) einer Erhöhung des Ansatzes im Produkt 1.61101, Zeilennummer 1 „Steuern und ähnliche Abgaben“ um 1.897.758,00 €.

3. Die Erhöhung aller genannten Ansätze wird in die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt bis 2020 übernommen.

4. Die Deckung der Erhöhung investiver Maßnahmen erfolgt durch die Rückzahlung einer Ausleihung von der EVG i. H. v. 485.000 € sowie aus einer Reduzierung des Investitionsansatzes 811121001 „Beigeordnetenbüro GB I“ um 4.000 €.

Die Deckung der Maßnahme Bau einer Aula für die 2. Integrierte Gesamtschule erfolgt durch die Aufnahme eines Investitionskredites in Höhe der benötigten Summe.

- zu 5.1.2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) – hier: Investitionsmittel Kunst im öffentlichen Raum
Vorlage: VI/2016/02440**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

In Umsetzung des Beschlusses des Stadtrates vom 22.06.2016 zur Beschlussvorlage „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Kunst am Bau an städtischen Hochbaumaßnahmen und zur Gestaltung des öffentlichen Raums durch Kunstwerke“ (BV VI/2015/01069 + Änderungsantrag VI/2016/02002) wird ab dem Haushaltsjahr 2017 in einem PSP-Element: 8.28102001.700 (Pflege von Kunst und Kultur, Sachkonto: 78510000 Hochbau) jährlich ein Betrag in Höhe von 25.000 € eingestellt.

- zu 5.1.3 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur
Vorlage: VII/2016/02479**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Planansatz 2017 wird im Bereich Bildungsinfrastruktur für Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte um insgesamt zwei Million Euro erhöht. Die Mittel dienen der Umsetzung notwendiger baulicher Maßnahmen. Sie sind durch die Verwaltung in Absprache mit dem Bildungsausschuss bedarfsgerecht auf Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte zu verteilen.

Eine Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen durch Immobilienveräußerungen der Stadt Halle (Saale).

- zu 5.1.4 Änderungsantrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Förderung der FreienSzene
Vorlage: VII/2016/02496**
-

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Im Haushaltsplan 2017 werden die Transferaufwendungen um 750 TEUR für die Förderung der Freien Szene im Produkt 1.28102 „Pflege von Kunst und Kultur“ erhöht. Von dieser Summe werden 500 TEUR zur Förderung der Freien Darstellenden Künste (Projektförderung, Förderung von Proberäumen, Förderung von Spielstätten) zur Verfügung gestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis September 2017 dem Stadtrat einen Plan vorzulegen, in dem eine schrittweise Steigerung der Förderung der Freien Szene ab dem Jahr 2018 auf 5% des Kulturetats der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2025 aufgezeigt wird.

~~Die Punkte 3-6 werden im Kulturausschuss am 30. November 2016 abschließend beraten.~~

- ~~3. Der Stadtrat beschließt die Gründung eines künstlerischen Beirates zur Ausreichung der in Beschlusspunkt 1 genannten Haushaltsmittel. Im Beirat sollen anerkannte Fachleute aus den Bereichen Bildende Kunst, Darstellende Künste, Literatur, Musik und neue Medien vertreten sein. Der Beirat sichtet alle Anträge zur Förderung von künstlerischen Vorhaben / Projekten und legt dem Kulturausschuss / dem Stadtrat eine Empfehlung zur Förderung zur Beschlusslage vor. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschäftsordnung für den künstlerischen Beirat zu erarbeiten und die Organisation des Beirats sicherzustellen. Die Amtszeit für Mitglieder des Beirats wird auf drei Jahre begrenzt. Die Mitglieder des Beirats erhalten eine Aufwandsentschädigung.~~
- ~~4. In den Beirat werden folgende Personen entsandt:
N.N.
N.N.
N.N.
N.N.
N.N.~~
- ~~5. Die bestehende Richtlinie zur Förderung der Freien Kulturarbeit wird um die in Anhang 1 dargestellten Punkte geändert bzw. ergänzt.~~
- ~~6. Für das Jahr 2017 wird die Antragsfrist zur Förderung der Freien Szene auf den 15.01.2017 festgesetzt. Ab dem Jahr 2018 gelten die üblichen Antragsfristen lt. der Förderrichtlinie zur Förderung der Freien Kulturarbeit.~~

**zu 5.1.5 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur “Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015” – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 - Produkt: 842101001 – Sportförderung
Vorlage: VI/2016/02506**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

Für investive Maßnahmen auf den verpachteten Sportanlagen sind Investitionszuschüsse an Sportvereine i.H.v. 250.000,00 EUR zu veranschlagen. Der Haushaltsansatz wird somit im Produkt: 842101001 – Sportförderung Zeile 11 um 150.000,00 EUR erhöht.

Die Deckung kann aus den zu erwartenden Erträgen im Produkt 1.52101 Baugenehmigung erfolgen. Alternativ sucht und prüft die Verwaltung einen entsprechenden Deckungsvorschlag im Interesse des Sports.

**zu 5.1.6 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur “Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015” – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Saalequerung
Vorlage: VI/2016/02520**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt folgende Änderung der Vorlage:

1. Im Haushaltplan 2017 werden 500.000 EUR für Planungsleistungen zur Verwirklichung einer weiteren Saalequerung eingestellt.
2. Die Deckung erfolgt aus zu erwartenden unterjährigen Ertragsüberschüssen und/oder Maßnahmenverzögerungen.

**zu 5.1.7 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur “Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015” – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02524**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

In das Produkt 1.54101 Gemeindestraßen - Zeilennummer 12: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen – sind weitere Mittel i.H.v. 1.000.000 EUR einzustellen. Der neue Ansatz lautet -12.623.082 EUR.

Finanzierung/Deckungsvorschlag: Produkt 1.61101 – Steuern und ähnliche Abgaben (Gewerbesteueraufkommen)

zu 5.1.7.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015“ Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02560

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Von den zusätzlich eingestellten Mitteln im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen sind mindestens 25 Prozent für Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an städtischen Gehwegen zu verwenden.

zu 5.1.7.1.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage Haushaltssatzung und HHPI für das Haushaltsjahr 2017 ...“
Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VI/2016/02574

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext erhält die folgende Fassung:

Von den zusätzlich eingestellten Mitteln im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen sind mindestens 25 Prozent für Sanierungs- und Unterhaltungsmaßnahmen an städtischen Gehwegen **und Radwegen** zu verwenden.

zu 5.1.8 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses der Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02531

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Transferaufwendungen in den Produkten 1.36201 Jugendarbeit, 1.36301 Jugendsozialarbeit/erzieherischer Kinder- und Jugendschutz sowie 1.36302 Förderung der Erziehung in der Familie werden zum Zwecke der Steigerung der Zuschüsse an freie Träger um jeweils 100.000 € erhöht.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.9 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283), hier: Sachmittel für Projekte im Rahmen von Fairtrade Town
Vorlage: VI/2016/02533**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Beim Dienstleistungszentrum Migration und Integration (Produkt 1.11117) werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 3 TEUR erhöht.

Kosten: 3 TEUR

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.10 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" - Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege - Vorl.-Nr.: VI/2016/02283
Vorlage: VI/2016/02535**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

1. Der Planansatz 2017 Produkt 1.33101 – Zeile 13 Transferaufwendungen – wird von 301.500 EUR auf 400.000 EUR angehoben.
2. Die Deckung erfolgt aus zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz.

**zu 5.1.11 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" Produkt 1.31151 Hilfe zur Überwindung besonders sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen entsprechend 8. und 9. Kapitel SGB XII
Vorlage: VI/2016/02536**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

1. Der Planansatz 2017 Leistung 1.31151-03 – Pflichtleistungen freier Träger wird von 463.900 EUR auf 514.000 EUR erhöht.
2. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer.

**zu 5.1.12 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) – hier: Wissenschaftsmarketing der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02540**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird dahingehend geändert, dass die im Produkt 1.57111 „Wirtschaft und Wissenschaft“ angesetzte Summe in Höhe von 286.200 EUR für die Umsetzung einer konkreten Marketinginfrastruktur zur Förderung des wissenschaftlichen Standortmarketings durch das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft in Kooperation mit dem Stadtmarketing Halle und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg um 64 TEUR aufgestockt wird.

Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen des Produkts 1.52201 Daten- und Bauaktenverwaltung, die für die Erstellung eines neuen Mietspiegels vorgesehen waren.

**zu 5.1.13 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02543**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Im Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur werden die Transferaufwendungen um 40.000 € erhöht. Hiervon wird der städtische Anteil am Designpreis der Kunsthochschule „Burg Giebichenstein“ um 20.000 € erhöht. Ferner wird das Kompetenzzentrum „Gestalter im Handwerk“ mit zusätzlich 20.000 € bezuschusst.

2. Im Produkt 1.27201 Stadtbibliothek werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 15.000 € erhöht.
3. Im Produkt 1.25101 Stadtmuseum werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 60.000 € erhöht.
4. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen im Produkt 1.28122 Kulturelle Projekte in Höhe von 115.000 €.

**zu 5.1.14 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VI/2016/02544**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.31501 Frauenschutzhaus werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 50.000 € erhöht.

Die Deckung erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen für Marketingmaßnahmen im Produkt 1.57111 Wirtschaft und Wissenschaft in gleicher Höhe.

**zu 5.1.15 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur „Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283 – Produkt
1.57501 Zuschuss an Stadtmarketing
Vorlage: VI/2016/02550**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

In das Produkt 1.57501 Zuschuss an Stadtmarketing - Zeilennummer 13 – Transferaufwendungen - sind weitere Mittel i.H.v. 50.000 EUR einzustellen.

Der neue Ansatz lautet – 1.161.300 EUR.

**zu 5.1.16 Änderungsantrag aller Fraktionen im Stadtrat Halle (Saale) zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015“ – Vorlagen-Nr.: VI/2016/02283; hier Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen
Vorlage: VI/2016/02552**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan für das Jahr 2017 wird wie folgt geändert:

Der Planansatz 2017 Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen– Zeile 13
Transferaufwendungen – wird von 496.600 EUR auf 596.600 EUR angehoben.

Kosten: 100 TEUR

Die Deckung erfolgt aus zu erwartenden Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleichsgesetz.

**zu 5.1.17 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283)
Vorlage: VI/2016/02546**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Im Investitionsplan des Geschäftsbereichs II wird an geeigneter Stelle ein Investitionstitel „Aufenthaltsqualität“ in Höhe von 10.000 € eingestellt. Von dieser Summe werden 6.000 € zur Anschaffung und Aufstellung von fünf wetterfesten Bänken (vgl. VI/2016/02229, Antwort auf Frage 4) für den Vorplatz des Neustadt Centrums, Richtung Neustädter Passage, verwendet. Die übrigen 4.000 € sind für weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Qualität von öffentlichen Plätzen im Stadtgebiet (z. B. Ecke Theodor-Neubauer-Straße, Merseburger Straße) zu verwenden.

Die Deckung erfolgt aus einer geschäftsbereichsübergreifenden Minderung der Investitionen in Büroausstattung sowie aus nicht verbrauchten Investitionsmitteln im Jahr 2017.

Ferner ist eine Deckung aus nicht verwendeten Investitionsmitteln des Jahres 2016 in Zusammenhang mit einer Auftragsauslösung noch in diesem Jahr zu prüfen.

2. Für die Unterhaltung (Wartung, Reparatur, u. ä.) der unter 1. genannten Bänke werden im Teilergebnisplan des Geschäftsbereichs II an geeigneter Stelle zusätzlich 2.000 € eingestellt. Die Deckung erfolgt aus einer Absenkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.11107 Amtsblatt, Pressearbeit und Printpublikationen in Höhe von 2.000 €.

zu 5.1.18 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Fraktion DIE LINKE zur BV "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015"
Vorlage: VI/2016/02553

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Transferaufwendungen im Produkt 1.42101 Sportförderung werden zum Zwecke der Erhöhung des Betriebskostenzuschusses an Sportvereine um 50.000 € sowie zum Zwecke der Sanierung von Sportstätten um 100.000 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in Höhe von 150.000 €.

zu 5.1.19 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015"
Vorlage: VI/2016/02555

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.55102 Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze werden um 28.158 € erhöht.

Die Deckung erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Produkt 1.11107 Amtsblatt, Pressearbeit und Printpublikationen in gleicher Höhe.

zu 5.1.20 Änderungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (VI/2016/02283) – hier Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: VI/2016/02598

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Im Produkt 1.57104 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung werden die Transferaufwendungen um 100.000 € erhöht.

2. Die Deckung erfolgt aus Steuermehreinnahmen.

3. Die Finanzierung von Maßnahmen, die durch die Erhöhung der Transferaufwendungen begonnen werden, wird für die Laufzeit der jeweiligen Maßnahmen sichergestellt. Der Ansatz des Produktes ist dementsprechend für die Folgejahre in angemessener Weise zu erhöhen.

**zu 5.1.21 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Vorlage
Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VII/2016/02578**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Der nicht kommerzielle Radiosender „Radio CORAX“ erhält eine jährliche, städtische Förderung in Höhe von 25.000 €.
2. Diese wird durch eine Erhöhung des Ansatzes des Produktes 1.28102 „Pflege von Kunst und Kultur“ um 25.000 € finanziert.
3. Die Erhöhung des Produktansatzes wird für 5 Jahre in die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Halle (Saale) übernommen. Nach Ablauf dieses Zeitraums wird die Förderungswürdigkeit erneut bewertet
4. Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgt durch eine Absenkung der Aufwendungen im Produkt 1.28122 Kulturelle Projekte in Höhe von 25.000 €.

**zu 5.1.22 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015" (Vorlagen-
Nummer: VII/2016/02283): hier: Investitionsmittel Sanierung Peißnitzhaus
Vorlage: VII/2016/02582**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Im PSP-Element: 8.51108041 Projekt „Weiterführung Sanierung Peißnitzhaus“ wird der in den Haushaltsjahren 2017-2019 vorgesehene Betrag an „sonstigen Investitionseinzahlungen“ von bisher insgesamt 322.400 € auf 52.650 € im Jahr 2017 verringert. Der Differenzbetrag in Höhe von 269.750 € wird von der Stadt Halle zur Finanzierung des notwendigen Eigenmittelanteils für die Förderung im Rahmen des Förderprogrammes Soziale Stadt - Investitionen im Quartier bereitgestellt, so dass die Maßnahmen 2017 umgesetzt werden können.

**zu 5.1.23 Änderungsantrag der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VII/2016/02614**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den Änderungsantrag gemäß Anlage zu den Änderungsanträgen der Fraktionen und Ausschüsse des Stadtrates zur Vorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 Vorlage Nr.: VI/2016/02283

**zu 5.2 Wirtschaftsplan 2017 der Bio-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: VII/2016/02521**

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 28. Oktober 2016:

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 wird genehmigt.

Die Mittelfristplanung bis 2021 wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3 Wirtschaftsplan 2017 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: VII/2016/02383**

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass nach der beschlossenen Haushaltsänderung hier eine Korrektur vorgenommen werden muss. Die Erhöhung des Zuschusses der Stadt Halle (Saale) um 50.000 Euro müsste hier im Wirtschaftsplan berücksichtigt werden. Dies muss in der Stadtmarketing GmbH veranlasst werden. Deshalb wurde der Geschäftsführer darauf hingewiesen, dass – wenn der Stadtrat dem Änderungsantrag der Fraktionen zum Haushalt in dem Punkt folgt – eine Änderung im Wirtschaftsplan erfolgen muss.

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 27.09.2016:

1. Der Wirtschaftsplan 2017 wird bestätigt.
2. Die Mittelfristplanung bis 2019 wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Verteilung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 ÖPNV – Gesetz des Landes Sachsen-Anhalt (ÖPNV G LSA) für das Jahr 2017, die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die Verteilung der Mittel nach § 9 ÖPNV G LSA
Vorlage: VII/2016/02343

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Verwendung der Mittel des Landes Sachsen-Anhalt gemäß § 8 und § 9 des ÖPNV-Gesetzes des Landes und die Höhe des Ausgleiches verbundbedingter Belastungen an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund werden beschlossen.

zu 5.5 Grundsatzbeschluss zum Ausbau des Sparkassen-Eisdoms
Vorlage: VII/2016/02545

Herr Wolter fragte, wie beweglich die Nutzungsvereinbarungen sind oder ob es ein Bestandteil des Grundsatzbeschlusses ist, dass es dort keinerlei Beweglichkeit mehr gibt. Zu welchen vertraglichen Konditionen sind dort die Nutzungsvereinbarungen geschlossen worden, gibt es dort noch eine Gestaltungsmöglichkeit?

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass wichtige Eckdaten der Verträge bereits verhandelt wurden und diese auch nochmal in den nicht öffentlichen Teil des Stadtrats vorgelegt werden. Die Eckdaten wurden bereits im Grundsatzbeschluss mit vorgelegt.

Herr Wolter wollte wissen, ob das so zu verstehen ist, dass der Stadtrat den Verträgen zustimmen muss oder kommt diese Information nur als Informationsvorlage?

Frau Dr. Marquardt sprach an, dass die Verträge beim letzten Mal auch dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt worden sind.

Frau Dr. Brock fragte zur energetischen Nutzung nach. Außerdem wollte sie wissen, ob die Bedürfnisse des Profisports in Bezug auf die Erweiterung des VIP-Bereiches eine Rolle spielen und ob dann ggf. geringere Betriebskosten anfallen würden, wenn man darauf verzichten würde.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass keine geringeren Betriebskosten anfallen würden, nur die Finanzierung wird sich schwieriger gestalten, wenn es keinen VIP-Bereich gibt. Bei den Betriebskosten fallen hauptsächlich die technischen Anlagen an, was auch von Herrn Rauschenbach im Sportausschuss und hier im Ausschuss sehr ausführlich dargestellt worden war. Er hatte auch die Frage zum Thema Solar beantwortet.

Es wird natürlich geprüft, ob eine energetische Nutzung erfolgen kann. Es kann aber nur das gebaut werden, was auch genehmigt worden ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat Frau Dr. Brock um konkrete Fragestellungen, welche dann bis zum Stadtrat beantwortet werden.

Frau Dr. Brock sagte eine schriftliche Fragestellung zu.

Herr Dr. Meerheim fragte zu den Erträgen, welche von 2019 zu 2020 und 2021 einen deutlichen Sprung aufweisen. Er wollte wissen, worauf die Vereine spekulieren, dass die Erträge da so hoch werden?

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass von einer höheren Zuschauerzahl in dem ausgebauten Eisdome ausgegangen wird, so dass dies auch für Sponsoren interessanter wird. Die Vereine, insbesondere der Profiverein, werden sich in der Lage sehen, hier mehr beizutragen.

Herr Dr. Meerheim fragte, ob die Zahlen, welche hier enthalten sind, auch im Haushalt berücksichtigt wurden.

Herr Geier antwortete, dass diese im Veränderungsdienst enthalten sind.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig zugestimmt
	7 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	4 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt den Ausbau des Sparkassen-Eisdoms unter dem Vorbehalt der Förderfähigkeit der Investition durch das Fluthilfe-Programm und die Einstellung der mit dem Betrieb des Sparkassen-Eisdoms verbundenen Finanzmittel in den städtischen Haushalt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen des endgültigen Fördermittelbescheids einen Baubeschluss dem Stadtrat vorzulegen.

zu 5.7 Baubeschluss – Erweiterung des Schulgebäudes Grundschule Nietleben, im Waidmannsweg 53 in 06126 Halle (Saale) um einen Ergänzungsbau in Modulbauweise
Vorlage: VII/2016/02471

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die Erweiterung des Schulgebäudes Grundschule Nietleben um einen Ergänzungsbau in Modulbauweise.

zu 5.8 Jahresabschluss 2015 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2016/02423

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wie folgt festgestellt:

1. Feststellung des Jahresabschlusses

1.1. Bilanzsumme 36.455.092,59 EUR

1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf

- das Anlagevermögen 34.136.793,67 EUR
- das Umlaufvermögen 2.318.002,10 EUR

1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf

- das Eigenkapital 19.986.896,48 EUR
- den Sonderposten 9.926.502,94 EUR
- die Rückstellungen 1.726.413,99 EUR
- die Verbindlichkeiten 4.726.283,60 EUR

1.2. Jahresverlust 785.963,47 EUR

1.2.1. Summe der Erträge 38.590.618,93 EUR

1.2.2. Summe der Aufwendungen 39.376.582,40 EUR

2. Behandlung des Jahresverlustes

2.1. Der Jahresverlust in Höhe von 785.963,47 EUR wird aus der Betriebsmittelrücklage entnommen.

II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2015 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

zu 5.9 Wirtschaftsplan 2017 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2016/02328

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

zu 5.10 Jahresabschluss 2015 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: VII/2016/02143

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Henschke und Partner mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wie folgt festgestellt:

Feststellung des Jahresabschlusses

1. Bilanzsumme 2.754.805,99 EUR

1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf
• das Anlagevermögen 40.579,50 EUR

•	das Umlaufvermögen	2.713.849,49 EUR
1.2.	davon entfallen auf der Passivseite auf	
•	das Eigenkapital	1.003.928,26 EUR
•	den Sonderposten	40.364,31 EUR
•	die Rückstellungen	102.092,48 EUR
•	die Verbindlichkeiten	1.608.420,94 EUR
2.	Jahresüberschuss	0,00 EUR
3.	Summe der Erträge	3.348.660,35 EUR
4.	Summe der Aufwendungen EUR	3.348.660,35
II.	Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2015 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.	

**zu 5.11 Wirtschaftsplan 2017 des EB Arbeitsförderung
Vorlage: VII/2016/02378**

Frau Dr. Brock sprach an, dass zum Haushalt 50.000 Euro mehr kommuniziert worden sind. Das müsste doch noch eingepflegt werden.

Herr Dr. Meerheim erwiderte, dass es sich dabei um den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE gehandelt hat. Die Verwaltung hatte in der letzten Sitzung vorgeschlagen, dass dies aus dem laufenden Haushalt gebracht wird. Der Geschäftsführer des Eigenbetriebes Arbeitsförderung müsste den Hinweis erhalten, dass er diese 100.000 Euro mit einplanen kann. Die Verwaltung hatte hier zugesagt, dass das da erwirtschaftet wird und deswegen kein separater Antrag zu erfolgen hat.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2017 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) in vorliegender Fassung zu.

**zu 5.12 1. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle
(Saale) vom 29.10.2014
Vorlage: VII/2016/02554**

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass zeitgleich der Fachausschuss dazu tagt, so dass die Zustimmung des Finanzausschusses vorbehaltlich der Zustimmung des Fachausschusses

erfolgt, wenn sich der Ausschuss jetzt dazu bekennt.

Herr Wolter dankte im Namen der Stadträtin Frau Winkler, welche vergangene Woche mit den Vertretern der Fraktionen zusammen mit dem Fachpersonal diese Vorlage vorbehandelt haben. Die Verwaltung hat hier sehr gute Erläuterungen abgegeben und die entsprechend notwendigen Korrekturen aus den vorangegangenen Diskussionen vorgenommen.

Frau Dr. Brock begründete die Enthaltung ihrer Fraktion zu dieser Beschlussvorlage. Es gab Themen und Diskussionspunkte, zu welchen gesagt wurde, dass dies durch die HWS so nicht umsetzbar wäre. Die Fraktion plant nächstes Jahr dazu eine größere Initiative, aber nicht im Rahmen dieser Satzungen, deswegen erfolgt jetzt eine Enthaltung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 29.10.2014.

**zu 5.13 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2016/02556**

Frau Dr. Brock bat um die von der Verwaltung zugesagten Erläuterungen.

Herr Stäglich sprach an, dass in dem Gespräch mit den Stadträten, die anwesend waren, Material aufbereitet worden ist, was häufig gestellte Fragen mit den entsprechenden Antworten enthalten hat. Das wird auch dem Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Umwelt und dem Stadtrat als Mitteilung vorgelegt.

Er wies darauf hin, dass die Anlage 5 eine Erläuterung zur degressiven Abfallgebührenstaffelung enthält, weil in der Diskussion auch die Frage gestellt worden war, welcher Aspekt degressiv gestaltet ist. Es handelt sich dabei ausschließlich um Logistikkosten, was in der Anlage 5 stärker untermauert worden ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.14 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im FB Immobilien
Vorlage: VI/2016/02510**

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	einstimmig zugestimmt
	11 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

Beschlussempfehlung:

I.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

3.11171.04 Hochwasser Maßnahme Rückbau Kleingartenanlage Saaletal

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **630.100 EUR**.

II.) Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_3_240 FB Immobilien (HHPL Seite 886)

Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **630.100 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

3.11171.04 Hochwasser Maßnahme Rückbau Kleingartenanlage Saaletal

Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **630.100 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

16_3_240 FB Immobilien (HHPL Seite 886)

Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **630.100 EUR**.

**zu 5.15 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im FB Immobilien
Vorlage: VII/2016/02511**

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss:

- I.) Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

3.11171.03 Hochwasser Maßnahme Rückbau Kleingartenanlage Wiesengrund

Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **300.100 EUR**.

- II.) Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_3_240 FB Immobilien (HHPL Seite 886)

Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **300.100 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

3.11171.03 Hochwasser Maßnahme Rückbau Kleingartenanlage Wiesengrund

Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **300.100 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

16_3_240 FB Immobilien (HHPL Seite 886)

Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **300.100 EUR**.

**zu 5.16 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im Fachbereich Planen
Vorlage: VII/2016/02542**

Herr Scholtyssek bat um Erläuterung der Deckungsvorschläge für die Summe in Höhe von 206.000 Euro

Herr Stäglin erläuterte, dass es einen Mehrertrag gibt, welcher durch den Saalekreis geregelt ist. Und damit wird hier durch die Deckung die Notwendigkeit der Auszahlung über diesen Weg erbracht, weil ansonsten die HAVAG eine Rechnung stellen würde, die als Betrag aus den städtischen Eigenmitteln zu nehmen wäre. Es ist keine Bezuschussung des Saalekreises.

Herr Scholtyssek gab zu verstehen, dass ihm dennoch unklar ist, woher die Mittel kommen. Der HAVAG fehlen im Dezember 206.000 Euro, woher kommt das Geld?

Herr Dr. Meerheim sprach an, dass dies vom Saalekreis kommt, da dieser etwas mehr gezahlt hat. Dies steht auf der letzten Seite im letzten Absatz der Beschlussvorlage.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Meerheim** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.54702 ÖPNV (HHPL Seite 463)
Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **206.207,00 EUR**.

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_2-610_1 Planen (HHPL Seite 467)
Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **206.207,00 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

Zu I.
1.54702 ÖPNV (HHPL Seite 463)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **206.207,00 EUR**.

Zu II.
Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

16_2-610_1 Planen (HHPL Seite 467)

Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **206.207,00 EUR**.

**zu 5.17 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und außerplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2016 im DLZ Migration und Integration- Integrationsmaßnahme "Sprachlehrer" zur Unterstützung hallescher Schulen mit vielen Kindern mit Sprachförderbedarf
Vorlage: VII/2016/02617**

Dies wurde bereits unter dem TOP Haushalt behandelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.11117 Migration und Integration (HHPL Seite 168)

Sachkontengruppe 53* Transferaufwendungen in Höhe von **110.000 EUR**.

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2016 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 16_0_802 DLZ Migration und Integration (HHPL Seite 171)

Finanzpositionsgruppe 73* Transferauszahlungen in Höhe von **110.000 EUR**.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.11117 Migration und Integration (HHPL Seite 168)

Sachkontengruppe 44* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 110.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

Finanzstelle 16_0_802 DLZ Migration und Integration (HHPL Seite 171)

Finanzpositionsgruppe 64* privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von 110.000 EUR.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Informationsvorlage zu den finanziellen Auswirkungen der Stadt Halle in Umsetzung des Aufnahmegesetzes, Asylgesetzes, Asylbewerberleistungsgesetzes sowie weiterführender Gesetze und Erlasse im Jahr 2016 - Berichtszeitraum 01.01.2016 - 31.10.2016 Vorlage: VII/2016/02631

Die Informationsvorlage lag den Mitgliedern vor.

Herr Dr. Meerheim fragte zu den offenen Forderungen, ob sich da noch etwas tut. Für 2017 oder 2016 gab es eine höhere Pauschale als in 2015, ist das richtig?

Herr Geier antwortete, dass dies richtig ist. die Pauschale wurde von 8.400 Euro auf 10.470 Euro erhöht.

Herr Dr. Meerheim wollte wissen, ob dies immer noch nicht ausreicht, um die Fallkosten zu bezahlen, die wir im Übrigen haben. Sind die 10.470 Euro nur kostendeckend für diesen Bereich ohne Personalkosten?

Die Verwaltung bejahte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zum Stand der finanziellen Auswirkungen der Stadt Halle in Umsetzung des Aufnahmegesetzes, Asylgesetzes, Asylbewerberleistungsgesetzes sowie weiterführender Gesetze und Erlasse im Jahr 2016 – Berichtszeitraum **01.01.2016 – 31.10.2016** zur Kenntnis.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Dr. Brock zum Wirtschaftsplan Zoo und zur Machbarkeitsstudie

Frau Dr. Brock fragte, wann der Wirtschaftsplan Zoo und die Machbarkeitsstudie vorgelegt werden.

Frau Ernst antwortete, dass hierfür die Sitzung im Januar 2017 vorgesehen ist.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Dr. Meerheim beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
stellv. Protokollführer